

B e s c h l u s s v o r l a g e**TOP: Beratung durch Horváth & Partners: Abstimmung der weiteren Vorgehensweise****Vorgesehene Beratungsfolge:****Termine:**Ausschuss für Beteiligungen, Organisation und
Finanzentwicklung 15.01.2009**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt:

- im Jahr 2009 die Umsetzung von POT 1 (Reorganisation der Stadtverwaltung) und von POT 27 (Änderung der Rechtsform der ZGW) vorzubereiten und
- im Jahr 2009 die aus der Erhebung zur Prozesskostenrechnung gewonnenen Erkenntnisse zunächst verwaltungsintern weiter auszuwerten und über den weiteren Fortgang zu den vorgenannten Punkten im Mai 2009 im Ausschuss für Beteiligungen, Organisation und Finanzentwicklung zu berichten.

Die Beauftragung der Fa. Horváth & Partners mit der Durchführung der Module 2 und 3 erfolgt zum jetzigen Zeitpunkt nicht.

Begründung:

In der Sitzung des Ausschusses für Beteiligungen, Organisation und Finanzentwicklung am 06.11.2008 hat die Verwaltung ihre Stellungnahmen zu den einzelnen Prozessoptimierungsthemen (POT) abgegeben.

Im Zusammenhang mit der anstehenden Entscheidung über eine weitere Beauftragung von Horváth & Partners (vergleiche Vorlage 260/2008) wurde in der Sitzung am 06.11.2008 intensiv hinterfragt, inwieweit nach den Stellungnahmen der Verwaltung zu den POT 2 bis 29 aus Modul 1 noch Raum für weitere Untersuchungen in den geplanten Modulen 2 und 3 ist. Zur Erörterung wurde die Firma Horváth & Partners für diese Ausschuss-Sitzung eingeladen.

Die folgende Darstellung der POT soll verdeutlichen, welche Optimierungsvorschläge aus Sicht der Verwaltung im Rahmen der Module 2 und 3 noch einer vertiefenden Betrachtung bedürfen:

Nr.	Optimierungsthema	Vorschlag aus PKR	Bewertung durch Verwaltung	Vertiefende Betrachtung in weiteren Modulen erforderlich
POT_02	Einführung einer elektronischen Beschaffungsplattform	ja	positiv bewertet ; weiterer Bericht von der Verwaltung folgt	nein
POT_03	Elektronische Aktenführung	ja		
POT_04	Dezentrale Querschnittsleistungen zentralisieren	ja	weiterer Bericht von der Verwaltung folgt	
POT_05	Erstellung der Arbeitszeugnisse mit Hilfe von Textbausteinen und standardisierten Vorlagen	ja	positiv bewertet ; kurzfristige Umsetzung der Maßnahme	
POT_06	Einkuvertieren der Verwarnungen	nein	positiv bewertet	
POT_07	Ausgliederung der Telefonzentrale	ja	grundsätzlich denkbar	
POT_08	Aufgabe der Rathausinformation	nein	denkbar nur bei Zusammenlegung zu einer zentralen Information im Bürgeramt	
POT_09	Einstellung der Weiterleitung von vollständigen GEZ-Anträgen	nein	Bürgerservice ginge in diesem Bereich verloren	
POT_10	Aufstellung eines oder mehrerer Terminals im Eingangsbereich des Bürgeramtes und/ oder Rathauses	ja	positiv bewertet; Testphase für zeitliche begrenzte Phase mit einem Informationsterminal wird vorgeschlagen	
POT_11	Zentralisierung der Vergabe im Kulturbereich	ja	negativ bewertet; eine komplette und ausnahmslose Zentralisierung scheint unpraktisch weil unpraktikabel	
POT_12	Beschäftigung ehrenamtlicher Mitarbeiter/Innen	nein	grundsätzlich befürwortet bei Zusatzangeboten und soweit möglich praktiziert	
POT_13	Senkung des Zuschussbedarfs durch Steigerung der Einnahmen	nein	iAufgaben der Politik, Ziele der Einrichtung neu zu definieren	
POT_14	Senkung des Zuschussbedarfs durch Schaffung eines Premium Produktbereichs in der VHS	nein	genaueste Untersuchungen erforderlich, ob es in Lüdenscheid und Umgebung für höherwertige Management-schulungen einen Markt gibt	ggf. ja
POT_15	Verringerung der Öffnungszeiten	nein	negativ bewertet	nein
POT_16	Reduktion der Leistungen des Kulturhauses	nein	negativ bewertet; ergänzende Informationen sind erforderlich	ja
POT_17	Reduzierung der festen Präsenzzeiten in den Teilbereichen – eine zentrale Beratungs- und Informationsstelle	nein	negativ bewertet	nein
POT_18	Umstrukturierung des Mahnwesens	ja		
POT_19	Verringerung der Öffnungszeiten - Stadtbücherei	nein		
POT_20	Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich der Rauminformationsverarbeitung (RIV)	nein	positiv bewertet und teilweise schon praktiziert, allerdings ist das prognostizierte Einsparvolumen zu reduzieren	
POT_21	Flexiblerer Einsatz Schulsekretäre/Innen	nein	die Umsetzung des Vorschlags wird abgelehnt	
POT_22	Reduktion der Kinder- und Jugendarbeit	nein	die Umsetzung des Vorschlags wird nicht empfohlen	
POT_23	Übertragung der Trägerschaften von Kindertagesstätten an Dritte	nein		
POT_24	Angliederung des Bereichs Liegenschaften an die ZGW	ja	negativ bewertet	
POT_25	Verlagerung der Brandschutzdienststelle zur Feuerwehr	ja	Einsparpotenzial kann nicht nachvollzogen werden	
POT_26	Klärung der Zuständigkeiten und Einführung Asset Management	ja	positiv bewertet	
POT_27	Änderung der Rechtsform ZGW	nein		
POT_28	Interkommunale Kooperation	nein		
POT_29	Energiesparmaßnahmen	nein		

Aus Sicht der Verwaltung ist aus der vorstehenden Tabelle die Notwendigkeit für die Beauftragung der Module 2 und 3 nicht ableitbar und wird zum jetzigen Zeitpunkt - auch unter Berücksichtigung des Diskussionsverlaufes in der Sitzung des Ausschusses für Beteiligungen, Organisation und Finanzentwicklung am 06.11.2008 - nicht empfohlen.

Gleichwohl sollen die bedeutsamen POT 1 (Reorganisation der Stadtverwaltung) und POT 27 (Änderung der Rechtsform der ZGW) durch die Verwaltung aktiv weiter verfolgt werden. Zudem ist festzustellen, dass die im Rahmen der Prozesskostenrechnung (Modul 1) gewonnenen Daten verwaltungsintern noch nicht ausgewertet werden konnten; hier empfiehlt sich die weitere Einarbeitung und eine abschließende Berichterstattung im Ausschuss für Beteiligungen, Organisation und Finanzentwicklung.

Lüdenscheid, den .12.2008

In Vertretung:

Blasweiler
Stadtkämmerer